

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Mandy Eißing, Nicole Gohlke, Dr. Michael Arndt, Desiree Becker, Anne-Mieke Bremer, Maik Brückner, Kathrin Gebel, Mareike Hermeier, Christian Görke, Ates Gürpınar, Maren Kaminski, Cansin Köktürk, Ina Latendorf, Sonja Lemke, Stella Merendino, Sören Pellmann, Evelyn Schötz, Julia-Christina Stange und der Fraktion Die Linke

Zahlen von Freiwilligendiensten und die Auswirkungen geplanter Haushaltskürzungen

Rund 55 000 Jugendliche und junge Erwachsene bis zum Alter von 27 Jahren absolvieren jährlich nach ihrem Schulabschluss einen Jugendfreiwilligendienst – darunter das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ), das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) sowie den Internationalen Jugendfreiwilligendienst (IJFD). Diese Programme ermöglichen jungen Menschen über einen Zeitraum von sechs bis 18 Monaten ein gesellschaftliches Engagement in sozialen, ökologischen oder kulturellen Einrichtungen und leisten zugleich einen Beitrag zur persönlichen und beruflichen Orientierung. Ergänzt werden sie seit 2011 durch den Bundesfreiwilligendienst (BFD), der nach Aussetzung der Wehrpflicht eingeführt wurde und allen Altersgruppen offensteht. Ziel ist es, bürgerschaftliches Engagement zu fördern, insbesondere im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich, in der Integration sowie im Zivil- und Katastrophenschutz. In der Praxis zeigt sich, dass Freiwillige im BFD teilweise Tätigkeiten übernehmen, die sich nicht immer klar von regulären Arbeitsverhältnissen abgrenzen lassen – was mitunter zu Diskussionen über eine mögliche Substitution von Arbeitsplätzen und über Lohndumping führt.

Trotz der von der Bundesregierung im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD angekündigten Verbesserungen – etwa der Erhöhung des Taschengeldes und dem Ausbau von Plätzen und Strukturen – sieht der aktuelle Haushaltsentwurf keine entsprechende Aufstockung vor. Stattdessen plant die Bundesregierung gravierende Kürzungen. Der Kabinettsentwurf für den Bundeshaushalt 2025 sieht vor, die Mittel für die Freiwilligendienste um rund 14 Prozent und somit um 17 Mio. Euro zu kürzen (vgl. Kapitel 17 03, Titelgruppe „Freiwilligendienste“).

Diese Kürzungen gefährden die Verlässlichkeit und den Bestand der Freiwilligendienste erheblich. Bereits heute besteht ein Mangel an verfügbaren Plätzen – der Abbau droht diesen weiter zu verschärfen. Gleichzeitig wird in politischen Debatten ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr ins Spiel gebracht – dessen Umsetzung jedoch weitaus höhere Kosten verursachen würde als die bestehenden Freiwilligendienste (vgl. www.ifo.de/DocDL/ifo_Forschungsbericht_144_Wiedereinfuehrung-Wehrpflicht.pdf).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele Freiwilligenplätze gibt es aktuell?
2. Wie viele Personen (Frauen, Männer, Divers) leisten aktuell einen Freiwilligendienst (bitte nach Freiwilligendienst, Bundesland bzw. Ausland, Geschlecht und Alter aufschlüsseln)?
3. Wie viele Personen (Frauen, Männer, Divers) leisteten 2023 und 2024 Bundesfreiwilligendienst oder einen sogenannten freiwilligen Wehrdienst im Heimatschutz (bitte nach Jahren, Bundesländern, Geschlecht und Alter aufschlüsseln)?
4. Wie viele Personen (Frauen, Männer, Divers) leisteten zwischen Januar und September 2025 einen Bundesfreiwilligendienst oder einen sogenannten freiwilligen Wehrdienst im Heimatschutz (bitte nach Monat, Bundesland, Geschlecht und Alter aufschlüsseln), und wie entwickelte sich seit 2023 der Anteil der über 27-Jährigen, die Bundesfreiwilligendienst oder einen sogenannten freiwilligen Wehrdienst im Heimatschutz leisteten (bitte nach Jahren, Altersgruppen über und unter 27 Jahren, Bundesländern sowie nach Geschlecht aufschlüsseln)?
5. Wie entwickelte sich zwischen Januar und August 2025 der Anteil der über 27-Jährigen, die Bundesfreiwilligendienst oder einen sogenannten freiwilligen Wehrdienst im Heimatschutz leisteten (bitte nach Monat, Altersgruppen über und unter 27 Jahren, Bundesländern sowie nach Geschlecht aufschlüsseln)?
6. Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen die Arbeitsmarktnutralität in den Freiwilligendiensten nicht eingehalten wurde, wenn ja, wie viele Fälle sind bekannt, und welche Maßnahmen wurden ergriffen?
7. Wie viele Arbeitsuchende leisteten seit 2023 Bundesfreiwilligendienst oder einen sogenannten freiwilligen Wehrdienst im Heimatschutz (bitte nach Jahr, Geschlecht, Altersgruppen über und unter 27 Jahren sowie Bundesländern aufschlüsseln)?
8. Welchen Bildungsabschluss hatten die Bundesfreiwilligendienstleistenden seit 2023 (bitte nach Jahr und jeweiligem Anteil von Haupt- bzw. Volksschulabschluss, Abschluss der polytechnischen Oberschule, Realschul- oder gleichwertiger Abschluss, Fachhochschul- oder Hochschulreife, ohne allgemeinen Schulabschluss, ohne Angabe zur Art des Abschlusses sowie nach Bundesländern aufschlüsseln)?
9. Wie viele der aktuell rund 110 000 Freiwilligenplätze würden durch die Haushaltskürzungen in den Bundesländern und im Ausland wegfallen (bitte jeweils nach Jahr, Bundesland bzw. Ausland, Anzahl der bestehenden und wegfallenden Freiwilligen- bzw. Bundesfreiwilligenplätze auflisten)?
10. Welche Auswirkungen wird die Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsjahrs nach Einschätzung der Bundesregierung auf die Freiwilligendienste haben?
 - a) Welche finanziellen Ressourcen plant die Bundesregierung für das verpflichtende Gesellschaftsjahr ein, und aus welchen Haushaltstiteln soll diese Förderung erfolgen?
 - b) Wie begründet die Bundesregierung die Notwendigkeit eines verpflichtenden Gesellschaftsjahrs bei einer bereits existierenden Möglichkeit der Absolvierung eines Freiwilligendienstes?
11. Mit welchen Auswirkungen auf die Träger der Freiwilligendienste aufgrund der Haushaltskürzungen rechnet die Bundesregierung?

12. Fanden im Vorfeld der Erarbeitung der Kürzungspläne für 2025 darüber Beratungen mit Trägern der Freiwilligendienste statt, wenn ja, welche (bitte entsprechend nach Beteiligten und Datum aufführen), und wie waren die Reaktionen?
13. Womit begründet die Bundesregierung die Mittelkürzungen, vor dem Hintergrund, dass die Freiwilligendienste durch Demokratiebildung und gelebte Inklusion einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und gegen extremistische Tendenzen und Ausgrenzung leisten?
14. Sieht die Bundesregierung einen Widerspruch in der Ankündigung im Koalitionsvertrag, Plätze und Strukturen sukzessive ausbauen sowie das Taschengeld erhöhen zu wollen, und den anstehenden Mittelkürzungen im Haushalt 2025, wenn ja, wie sollen neue Stellen geschaffen und Taschengeld erhöht werden trotz der massiven Einsparungen, und wenn nein, warum nicht?
15. Findet nach wie vor der mit Wirkung vom 1. September 2023 eingesetzte Betreuungsschlüssel von nunmehr einer Fachkraft für 30 bis 40 Freiwillige (Korridor) Anwendung, und liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, inwieweit der abgesenkte Betreuungsschlüssel in der Praxis Anwendung findet und zu einer Verbesserung der Betreuungsqualität geführt hat (vgl. Bundestagsdrucksache 20/8512)?
16. Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass in Zukunft Freiwilligendienste überjährig finanziert werden und somit Träger nicht mehr in Planungsunsicherheit geraten?
17. Wie will und wird die Bundesregierung die im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziele zur Stärkung der Freiwilligendienste umsetzen?
 - a) Wie soll die europäische und internationale Jugendarbeit, insbesondere für Auszubildende, konkret gestärkt werden?
 - b) Wann, und in welchem Umfang werden die Plätze in den Freiwilligendiensten nachfragegerecht ausgebaut (bitte entsprechend für FSJ, FÖJ, IJFD und BFD aufschlüsseln)?
 - c) Wann, und in welcher Höhe plant die Bundesregierung die Erhöhung des Taschengeldes in den Freiwilligendiensten, um das im Koalitionsvertrag formulierte Ziel zu erreichen, Jugendlichen eine Teilnahme unabhängig vom Geldbeutel der Eltern zu ermöglichen?
 - d) Wird die Bundesregierung initiativ werden, damit das Taschengeld beim Freiwilligendienst nicht mehr auf den Unterhalt angerechnet wird?
 - e) Wird die Bundesregierung den kostenlosen Erhalt von Deutschland-Tickets für Freiwillige ermöglichen, wenn ja, ab wann, und wenn nein, warum nicht?
 - f) Wird die Bundesregierung sich für eine Verbesserung der Teilzeitmöglichkeiten einsetzen, und hat sie dafür die von ihrer Vorgängerregierung geführten Länder- und Verbändebeteiligung für den Entwurf eines Gesetzes zur Erweiterung der Teilzeitmöglichkeit in den Jugendfreiwilligendiensten sowie im BFD für Personen vor Vollendung des 27. Lebensjahres und zur Umsetzung weiterer Änderungen (Freiwilligen-Teilzeitgesetz) weiter fortgesetzt?
 - g) Wann, und in welcher Form soll der Internationale Jugendfreiwilligendienst konkret gestärkt werden?
18. Wie will die Bundesregierung, wie im Koalitionsvertrag angekündigt, die überjährige Finanzierung sicherstellen?

19. Wie stellt sich die Bundesregierung die konkrete Ausgestaltung des im Koalitionsvertrag angekündigten Freiwilligendienstes Bevölkerungsschutz vor, insbesondere im Hinblick auf die geplante Integration von Modellprojekten eines freiwilligen Handwerksjahres in Zusammenarbeit mit den Handwerkskammern?
20. Welche Zielgruppen, Einsatzbereiche und Rahmenbedingungen (z. B. Dauer, Vergütung, Anerkennung) sind für den Freiwilligendienst Bevölkerungsschutz geplant, und inwiefern soll sich dieser von bestehenden Freiwilligendiensten unterscheiden?

Berlin, den 3. September 2025

Heidi Reichinnek, Sören Pellmann und Fraktion